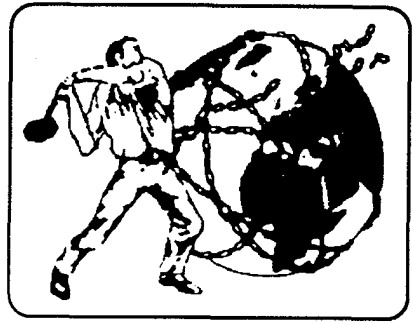


PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 57

Oktober 1991

2 DM

Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der "Abschreckung" verkünden:

POGRROME!

Nachdem Staatsorgane, Medien und alle Bonner politischen Parteien eine Politik der "Eindämmung durch Abschreckung" gegenüber Asylbewerbern propagiert haben, wurden von neonazistischen Kräften in der Bundesrepublik in den letzten Wochen über 100 Unterkünfte von Asylbewerbern angezündet: Dutzende von Schwerverletzten, der Mord am Asylbewerber Samuel Yeboah aus Ghana und zwei schwer verbrannte Kinder aus dem Libanon - Mukadesh und Zainap Saado - nach einem Brandanschlag in Hünxe sind das Resultat ...und tagtäglich gehen die Brandanschläge weiter.

Seit Monaten, ja seit Jahren wird in der Bundesrepublik eine zutiefst reaktionäre Politik gegenüber den Flüchtlingen, die Asyl beantragen, betrieben. Mit der altbewährten Politik des "Teile und herrsche" wird versucht, - nicht ohne Erfolge - Teile der deutschen Bevölkerung gegen Asylbewerber aufzuhetzen.

Einig sind sich die Bonner Politiker darin, daß es gilt, eine Politik der "Abschreckung" durchzuführen, die Lage für Asylbewerber in der Bundesrepublik so zu gestalten, daß das Leben als Asylbewerber möglichst unerträglich wird - weitere 70 große Sammellager wurden zwischen CDU und SPD abgesprochen. Verschärfte Abschiebeprak-

Aus dem Inhalt:

✦ **Über den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus**

- I. Das imperialistische Weltsystem ist die Ursache der "modernen Völkerwanderung"!
- II. Verhindert Abschiebung und Massenausweisung von politisch Verfolgten, die ihr demokratisches Recht auf Asyl fordern!
- III. Kampf gegen Chauvinismus und Rassismus - es lebe der proletarische Internationalismus!

✦ **Eine berechnete Kritik am Flugblatt vom Mai 1991**

Solidarität mit den Opfern der Nazi-Anschläge!

Neonazistische Anschläge - eine blutige Chronologie der Ereignisse

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate fielen nicht völlig unerwartet vom Himmel, sie kündigten sich schon lange, schon jahrelang an. Von der bürgerlichen Presse weitgehend verschwiegen oder lediglich "nebenbei erwähnt", gab es schon Morde, Mordanschläge, Brandanschläge und neonazistische Anschläge verschiedenster Art, die deutlich machten und ankündigten, daß es eine immer mehr um sich greifende militante neonazistische Bewegung gibt.

Seit Dezember 1990 wurden bisher - soweit uns bekannt - von Neonazis ermordet:

■ **Mord: Nihat Yusufoglu**

Ein 18jähriger Kurde, der mit seiner Familie in Hachenburg im Westerwald lebte und am 28. Dezember auf offener Straße von einer neonazistischen Skinhead-Gruppe erstochen wurde, nachdem zuvor die kurdische Familie schon tagelang mit Steinwürfen terrorisiert worden war.

■ **Mord: Alexander Selchow**

In der Neujahrsnacht 1990/91 wurde der 28jährige in Rosdorf bei Göttingen von neonazistischen Skins erstochen.

■ **Mord: Jorge Joao Gomondai**

In Dresden wurde im April 1991 der 28jährige aus Mosambik nachts in einer Straßebahn von Skinheads überfallen. Das faschistische Rollkommando schlug Jorge Joao Gomondai dermaßen brutal zusammen, daß er später im Krankenhaus an den Folgen seiner Verletzungen starb.

■ **Mord: Agostinho**

Am 16. Juni 1991 wurde in Friedrichshafen am Bodensee ein 34jähriger Angolaner von einem Neonazi, Ordner auf DVU-Veranstaltungen, mit einem sogenannten Schmetterlingsmesser auf offener Straße erstochen. Der Mord an dem Angolaner Agostinho wurde in der Presse der Bundesrepublik als winzige Meldung gehandelt, faktisch vertuscht. Lediglich das Antifa-Bündnis Friedrichshafen demonstrierte mit 300 Menschen gegen diesen abscheulichen Mord.

tiken, materielle Zuwendungen lediglich in Form von - meist fast ungenießbarem - Essen und einem Minimum an Bekleidung - die Nachrichten darüber fluten seit Wochen und Monaten verstärkt über die Medien auf die Bevölkerung ein.

Die Neonazis aber handelten. In einer bisher in der Bundesrepublik noch nicht dagewesenen Art und Weise wurden systematisch täglich Dutzende von Unterkünften der Flüchtlinge angegriffen.

Der Ablauf der Ereignisse wiederholt sich nach einem bestimmten Muster, einem altbekannten Muster:

- Die Hetze in den Medien gegen Asylbewerber und überhaupt gegen Menschen ohne deutschen Paß, oder die als "undeutsch" gelten, wird verstärkt.

- Nachts werden von neonazistischen Banden im Schutze der Dunkelheit Anschläge verübt, in den letzten Wochen verstärkt Brandanschläge.

- Die Polizei weiß von nichts und ist angeblich "machtlos". Dort, wo Teile der Bevölkerung "Verständnis" für die Anschläge der Neonazis zeigen, gehen die Neonazis auch zu Kundgebungen und Ausschreitungen in den Abendstunden oder am helllichten Tage über.

- Demonstrationen und Aktionen antinazistischer Kräfte, die sich wirklich gegen die Nazis richten und nicht nur "beruhigen" und "die Lage entspannen" sollen, werden von Polizei und Bundesgrenzschutz auf das brutalste auseinandergetrieben und zerschlagen.

So geschah es in Hoyerswerda und anderswo.

Dabei ist nicht nur durch den Umfang solcher Nazi-Aktionen eine neue Stufenleiter des Terrors gegen Asylbewerber, aber auch zunehmend gegen Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen ganze Familien aus anderen Ländern, insbesondere aus der Türkei, die hier in der BRD leben und arbeiten, erreicht worden.



Erstmalig wurden insgesamt fünf Tage lang, mit Zustimmung der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, von nazistischen Mörderbanden öffentlich Wohnungen von Asylbewerbern und Arbeitern aus anderen Ländern angegriffen. Mit ganz offensichtlicher Zustimmung der örtlichen Polizei wurden in Hoyerswerda eine Stimmung geschaffen und Handlungen begangen, die nur mit dem Wort **Pogrom** richtig beschrieben werden können.

Polizei auf seiten der Nazis!

Daß die Polizei auf seiten der Nazis stand, daß ihre dümmliche Ausrede, sie wären zu schwach und könnten nichts machen, nicht stimmt, wurde einige Tage später bewiesen, als mit brutalster Gewalt eine **gegen die Nazis** gerichtete Demonstration zusammengeschlagen, gestoppt und zurückgedrängt wurde.

Die ausführliche "Berichterstattung" über Hoyerswerda in den Medien hier war aber nicht Ausdruck der Empörung und Ablehnung der faschistischen Überfälle, sondern diente in erster Linie - neben üblicher Sensationshascherei - vor allem dazu, von den in viel größerem Umfang stattfindenden Übergriffen in Westdeutschland abzulenken.

Nach den Morden und Mordanschlägen, etwa auf die zwei sechs und acht Jahre alten Kinder aus dem Libanon, heuchelten die Bonner Politiker "Betroffenheit". Doch ist lediglich **ihre** Saat aufgegangen, hat **ihre** Hetze Früchte getragen.

Dabei ist es sehr wichtig zu sehen, daß Asylbewerber nicht nur tagtäglich Angst vor den nazistischen Überfällen haben müssen, sondern auch tagtäglich von dem Damoklesschwert der Abschiebung bedroht werden, daß tagtäglich die deutsche Polizei ohne jeglichen moralischen Skrupel ganze Familien von Asylbewerbern abschiebt - oft genug direkt in die Folterkeller der faschistischen Geheimpolizei in Ländern wie Ghana, Türkei, Indien usw.

Den staatlichen und neonazistischen Terror bekämpfen!

Solidarität mit den vom Nazi-Terror betroffenen Asylbewerbern, mit allen vom Nazi-Terror Betroffenen erfordert selbstverständlich, sich so direkt, so energisch und so wirkungsvoll wie möglich den Nazi-Mörderbanden entgegenzustellen.

Wenn selbst gegen diese offensichtlichsste und für jeden sichtbare Form des Terrors kein Widerstand organisiert wird,

■ **Mord:**

In Gelnhausen hatten sogenannte "Höchster Bürger", wie die FR vom 8. Juli 91 berichtete, - 20 an der Zahl - eine Sinti-Familie überfallen und beschossen. Ein 54jähriger Sinto erlag den Schußverletzungen.

■ **Mord: Samuel Kofi Yeboah**

Am 19.9.1991 wurde ein Anschlag in Saarlouis auf ein Wohnheim für Asylbewerber verübt. Bei diesem Anschlag, nachts um 3 Uhr, wurden von Neonazis Brandsätze geworfen, die das Haus anzündeten. Zwei Nigerianer wurden schwer verletzt, Samuel Yeboah aus Ghana starb an seinen Verbrennungen. Die Neonazis hatten die Holztreppe mit Benzin getränkt und so bewußt den Brandanschlag auf die Ermordung der Bewohner angelegt.

☆☆☆

Insgesamt nahmen bereits auch vor dem **September 1991** die mörderischen Anschläge zu. Einige Beispiele:

- ◆ Anfang Februar wurden in Überlingen bei einem Brand in einer Unterkunft für Asylbewerber einige Personen verletzt. (Stuttgarter Zeitung vom 5.2.91)
- ◆ In Hiltrup bei Münster wurde von Neonazis eine Asylunterkunft in Brand gesteckt. (Münster Anzeiger 18.2.91)
- ◆ Davor brannte in Nidda (Hessen) schon eine Unterkunft für Asylbewerber (FR 29.12.90)
- ◆ Dasselbe geschah bereits vorher in Limburg-Eschhofen (Wetzlaer Neue Zeitung 4.12.90)
- ◆ Bereits am 18.7.91 hatten 50 neonazistische Skins ein Haus von Asylbewerbern in Magdeburg (Ex-DDR) überfallen, Scheiben zerschlagen und Bewohner verletzt.
- ◆ Im Juni waren zwei Afrikaner in Wittenberg (Ex-DDR) von neonazistischen Mördern aus dem vierten Stockwerke eines Hauses geworfen worden und überlebten schwer verletzt den Mordanschlag. (TAZ 7.6.91)

Verschiedene Presseberichte gehen von 15 Toten bei neonazistischen Ausschreitungen in den letzten drei Jahren aus. Es gehört zu den Besonderheiten der Lage, gerade auch der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte, daß noch nicht einmal die Namen der Opfer und die Tatorte dieser Morde und Mordanschläge systematisch erforscht und bekannt gemacht werden - auch wir können uns da nicht ausnehmen.



Die Ereignisse in Hoyerswerda ab 17. September 1991

- ◆ Bereits am 15. September hatte in der EX-DDR, in Leisnig (Sachsen), ein Überfall auf eine Unterkunft von Asylbewerbern stattgefunden, wobei ein Vietnameser von Neonazis schwer verletzt wurde.
- ◆ Davor, am 11. September, hatten Neonazis einen Mosambikaner durch Schüssen in den Kopf schwer verletzt und eine schwangere Vietnamesin mit Tritten in den Unterleib traktiert. (SPIEGEL 40/91)

In dieser Atmosphäre - die Beispiele könnten fortgesetzt werden - begannen die systematischen, an die Pogrome der Nazi-Zeit erinnernden Ereignisse in Hoyerswerda:

- ◆ Nach einem Überfall auf vietnamesische Händler durch einige Neonazis in Hoyerswerda begann eine dreitägige regelrechte Belagerung der zweier Wohngebäude. Die Polizei sah sich angeblich nicht in der Lage, die neonazistischen Kräfte zu verhaften. Die Arbeiter aus Mosambik wehrten sich mit dem Mut der Verzweiflung gegen die Übermacht der neonazistischen Kräfte, die massiv von Teilen der Bevölkerung unterstützt wurden. Die Polizei sah weiterhin auch einer zweiten und dritten Angriffswelle tatenlos zu. Offizieller Kommentar der Polizei: "Wir haben die Lage völlig im Griff" (TAZ 23.9.91) Im wesentlichen wurden zwei große Wohnblocks angegriffen:

In der Thomas-Müntzer-Straße wohnten 220 Asylbewerber aus 21 Ländern, vorwiegend rumänische Roma. In der Albert-Schweitzer-Straße wohnten 120 Menschen, vor allem Arbeiter aus Mosambik.

Die Überfälle hatten am 17.9. begonnen und hielten 5 Tage an, bis die Polizei die Mehrzahl der Asylbewerber und Arbeiter aus Vietnam und Mosambik unter dem Beifall der Neonazis umquartierte.

Die Ereignisse in Hoyerwerda hatten Signalwirkung, die Anschläge verstärkten sich massiv.

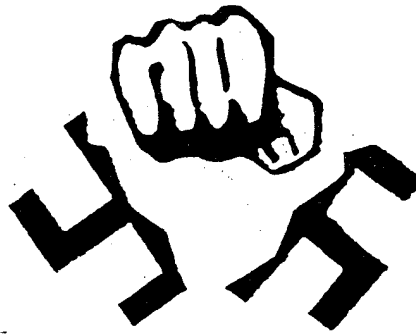
Nach dem 17.9.91:

- ◆ Brandsätze der Neonazis zündeten in Freital in der Ex-DDR (bei Dresden).
- ◆ Brandanschlag in Tambach-Dietharz (in Thüringen, EX-DDR).
- ◆ Brandsätze zündeten auch in Bredenebeck bei Hannover.
- ◆ Brandanschlag in March (Südbaden). (SPIEGEL 40/91)
- ◆ Am 18.9. Brandanschlag auf das Ausliederheim Bissierstraße in Freiburg;

ist an jede weitergehende Form des Widerstands gegen reaktionäre Politik überhaupt gar nicht zu denken.

Denn so sehr die Pogrome der Neonazis im Moment im Vordergrund stehen, so ist dennoch die hauptsächliche Form des Terrors gegen die Asylbewerber nach wie vor der staatliche Terror.

Die braune Pest



geht von diesem Staat aus!

Dies fängt an bei der bürokratischen Gängelung der Asylbewerber und generell der Werktätigen aus anderen Ländern durch "Sondergesetze", reicht über die staatlich organisierte nationalistische und rassistische Hetze bis hin zum Polizei- und Abschiebeterror, zu Polizeirazzien und -überfällen in den Wohnheimen.

Darüberhinaus agieren die Neonazi-Banden ja nicht unabhängig vom Staatsapparat der west/deutschen Imperialisten: sie werden von ihm geduldet, genährt und gefördert. Daher wäre es völlig falsch, sich beim Kampf gegen die Neonazis auf diesen Staatsapparat zu stützen. **Der Kampf muß energischer als bisher sowohl gegen die Nazi-Banden, als auch gegen den Terror des Staatsapparates geführt werden!**

Die dreckige Phrase vom "Verständnis für die Bevölkerung"

Die Neonazis können ihre mörderischen Anschläge in einer Atmosphäre unternehmen, in der ihnen ein gewisses "Verständnis" entgegenschlägt. Da wird angeführt, im Dorf X Y wäre es ja wirklich angeblich eine "Zumutung", wenn soundsoviel Asylbewerber aus Rumänien oder aus Mosambik oder sonstwoher in das Dorf kämen, das wäre schließlich nicht "zu verkraften" und was es derlei Sprüche sonst noch gibt.

Demgegenüber sagen wir mit aller Deutlichkeit - angesichts der neonazistischen Mordanschläge gibt es nur eins:

Solidarität mit den Opfern der Nazi-Anschläge!

Das ganze Lamentieren darüber, daß doch die "deutsche Bevölkerung", das Dorf X und das Dorf Y angeblich "überfordert" seien, geht am Kernpunkt vorbei:

Die herrschende Klasse will spalten und hetzen, wir müssen frontal dieser Hetze entgegentreten!

Schon im Vorfeld neonazistischer Aktivitäten, oft schon, wenn nur angekündigt wird, daß Asylbewerber in ein Dorf oder in einen Stadtteil aufgenommen werden sollen, kommt es - oft von staatlichen Stellen geradezu provoziert - zur Bildung sogenannter "Bürgerinitiativen", zur Bildung von in Wahrheit reaktionären Bewegungen.

Unter dem Motto "Ein Dorf kämpft um sein Überleben" wird eine einzige reaktionäre Front geschmiedet. Zwischen Arm und Reich, dem Bürgermeister und dem Landarbeiter, zwischen den sich fortschrittlich dünkenden und den finstersten Reaktionären besteht auf einmal "Übereinstimmung": Wenn da in ein Dorf mit 800 Einwohnern 40 "Rumänen", gar rumänische "Zigeuner" (das weit verbreitete Schimpf-

Ayhan Öztürk gab die richtige Antwort auf den Nazi-Terror!

Am Abend des 16. November 1990 war Ayhan Öztürk in der S-Bahn in Ostberlin von mehreren Neonazis überfallen worden. "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus" brüllend, hatten sie die S-Bahn bestiegen und Ayhan und seine Begleiter angepöbelt. Doch der 22jährige Kraftfahrer aus der Türkei ließ sich nicht einschüchtern und bot den Neonazis Paroli. Daraufhin stürzten sich die Neonazis auf ihn. Einer von ihnen richtete eine Pistole auf Ayhan und drohte: "Ich knall dich ab. Scheißtürke!"

Derart in Bedrängnis geraten, wehrte sich Ayhan Öztürk mit seinem Messer. Drei Neonazis wurden verletzt, ihr Angriff abgewehrt! Einer der drei, René Gruber, Mitglied der "Reps", erlag seinen Verletzungen. Die Rechnung der Rassisten war nicht aufgegangen!

Vier Monate saß er in Untersuchungshaft, jetzt stand Ayhan Öztürk vor Gericht. Am Dienstag, dem 8. Oktober 1991 wurde vor der 28. Strafkammer des Kriminalgerichts Moabit jedoch nicht Anklage erhoben gegen neonazistische Überfälle, gegen deutschen Nationalismus und Rassismus. Vor die Schranken des Gerichts gezerrt wurde Ayhan Öztürk, der sich mutig und entschlossen gewehrt und uns allen ein Beispiel gegeben hat! Er wurde angeklagt des Totschlags und des versuchten Totschlags in zwei weiteren Fällen!

Am ersten Prozeßtag versammelten sich mehrere hundert Demonstranten vor dem Gericht in Westberlin. "Freiheit für Ayhan" forderten sie, auf Transparenten drückten sie ihre Sympathie mit dem Angeklagten aus: "Ayhan hat das Richtige getan". Am 16. Oktober mußte Ayhan Öztürk freigesprochen werden!

Angriff auf das Asylbewerberheim in Deuben/Tackau (Landkreis Hohenmölsen)

- ◆ 19.9. Feuerwerkskörper auf das Asylbewerberheim Wiesentalstraße in Freiburg.

Am 20.9.91

gab es einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylbewerber in Saarwellingen, sowie in Freiburg auf das Flüchtlingswohnheim Haslacher Straße.

Am 21./22.9.91

kam es zu einer Fülle von weiteren Angriffen:

- ◆ In Freiburg wurden zwei Heime von Asylbewerbern von Neonazis angezündet.
- ◆ In Springe-Steinkrug bei Hannover wurde eine Unterkunft von Asylbewerbern mit Brandsätzen von Neonazis angegriffen.
- ◆ Genau dasselbe passierte in Jüterbog.
- ◆ In Wesendahl, Kreis Strausberg wurde von 25 maskierten Neonazis eine Unterkunft von Asylbewerbern überfallen.
- ◆ In der Ex-DDR warfen Neonazis drei Brandsätze auf ein anderes Heim für Asylbewerber. Einen Brandanschlag gab es auch in Tambach-Dietharz im Kreis Gotha.
- ◆ In Freital bei Dresden versuchten 40 Neonazis, eine Unterkunft von Asylbewerbern zu überfallen.
- ◆ In Thiendorf bei Dresden wurden acht rumänische Asylbewerber bei einem Überfall durch Neonazis verletzt. Dies alles aus den Meldungen von dpa am 22.9.91

Zwischen dem 23.9. und dem 29.9.

wurden neonazistische und rassistische Anschläge verübt in Weingarten (Ravensburg), Kenzingen bei Freiburg, Bodelshausen bei Tübingen, March-Neuershausen bei Freiburg, in Dresden, Schwedt (Brandenburg), Tambach-Dietharz (Gotha), Münster, Hamburg, Essen, in Ahlen (Westfalen), Hannover, Brandenburg, Herford, Wallendorf bei Merseburg, Recklinghausen, Weifenfels (Sachsen-Anhalt), Altenow bei Cottbus, Pätz bei Königswusterhausen, Steinhagen (Westfalen), Marl, Datteln und Neubrandenburg!

29. September 1991

- ◆ In München wurden am 29. September ein Wohnhaus mit dem diskriminierenden Namen "Gastarbeiterheim" angezündet und mehrere Menschen verletzt (dpa-Meldung).

- ◆ Am selben Wochenende wurde im niederrheinischen Kerken bei einem Überfall durch Neonazis eine Frau verletzt.
- ◆ In Lünen bei Dortmund verletzten Neonazis ein zehnjähriges Mädchen bei einem Überfall.
- ◆ In Herford griffen Neonazis eine Unterkunft für sogenannte "Aussiedler" mit den Rufen "Russen raus" an.
- ◆ In Steinhagen wurde ein von Indonesiern bewohnter Container mit Steinen beworfen.
- ◆ In Recklinghausen griffen die Neonazis ein Wohnheim von Roma mit Steinen und Brandsätzen an.
- ◆ In Datteln wurden Wäsche und Möbelstücke in einer von Asylbewerbern bewohnten Schule angezündet.
- ◆ In Marl wurden Brandsätze auf zwei sogenannte "Container-Dörfer" mit Asylbewerbern geworfen.
- ◆ In Hagen warfen Neonazis Brandsätze gegen ein mit 100 Personen besetztes Heim mit Flüchtlingen.
- ◆ Mit Brandsätzen wurde auch in Issum am linken Niederrhein eine Unterkunft von Flüchtlingen angegriffen.
- ◆ Neonazis drangen in Saarbrücken-Dudweiler in ein Flüchtlingswohnheim ein und verwüsteten eine Wohnung mit Eisenstangen und Holzknüppeln.
- ◆ In Burgwedel bei Hannover wurden gegen eine Asylbewerber-Unterkunft Brandsätze geworfen.
- ◆ In Meckelfeld wurde ein von zwei Familien aus der Türkei bewohntes Haus mit Steinen und Feuerlöschern angegriffen.
- ◆ In Haffkrug an der Ostsee schlugen neonazistische Skinheads 15 Scheiben einer Flüchtlingsunterkunft ein.

Auf dem Gebiet der **Ex-DDR** wurden

- ◆ in Altenow (Brandenburg) Scheiben und Türen eines von Vietnamesen und Rumänen bewohnten Hauses zerschlagen.
- ◆ In Pätz wurde von sechs Neonazis eine Unterkunft, ein sogenanntes "Ausländerheim" angegriffen.
- ◆ Mit Brandsätzen wurden solche Heime auch in Reichenbach (Sachsen) angegriffen.
- ◆ Ebenso griffen Neonazis in Chemnitz mit Leuchtmunition und Brandsätzen Wohnheime von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern an.
- ◆ In Weißenfels (Sachsen-Anhalt) wurden die Bewohner eines Heims für Asylbewerber von 15 Neonazis mit Schreckschußpistolen überfallen.
- ◆ In Wallendorf bei Merseburg wurden Brandsätze gegen ein Asylbewerber-Quartier geworfen.

wort für Roma) kommen, dann ist das "Dorf in Gefahr", dann halten alle zusammen. Es wird das Gefühl von der "Dorfgemeinschaft", die zusammenhält, geweckt. All jene, die sonst - egal ob Bundeswehr oder Großkapital sich in einem solchen Dorf breitmachen - still halten, sie fangen nun an, "zu demonstrieren" und sich mutig zu fühlen gegenüber Flüchtlingen, über deren Leben sie nichts wissen und nichts wissen wollen.

Auch wenn solche Beispiele (wie dies von Cleeburg in Hessen) nicht verallgemeinert werden können, ein Grundproblem wird deutlich! Die aktuellen Ereignisse haben gezeigt und zeigen es weiterhin, daß solchen reaktionären "Volksgemeinschafts"-Bewegungen in der Bevölkerung nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht werden dürfen: **Gegen die Strömung ankämpfen heißt, aktive Solidarität mit den von den neonazistischen Anschlägen bedrohten Flüchtlingen zu fordern und selber zu üben.** Das beginnt zum Beispiel mit Patenschaften für Flüchtlingsunterkünfte,



Das Einpferchen der Asylbewerber in Internierungslager wird von den Politikern des west/deutschen Imperialismus auch noch demagogisch mit dem "Schutz vor Übergriffen" begründet!

wie von Vertrauensleuten der IG-Metall vorgeschlagen:

Innerhalb der IG Metall wurde auf einer Konferenz von 250 Vertrauensleuten gefordert, daß die Gewerkschafter in den Metallbetrieben Patenschaften für Unterkünfte von Asylbewerbern übernehmen, Delegationen aus den Fabriken in die Unterkünfte schicken. Ein Vorschlag und eine Initiative, die nur begrüßt werden kann! Eine Initiative, die sicherlich unter anderem darin begründet ist, daß gerade in der IG

MetallKolleginnen und Kollegen aus der Türkei mit wirklich fortschrittlicher Orientierung eine gewichtige Rolle spielen. (Siehe FR vom 5.10.91)

Das geht weiter mit massiver Unterstützung vor und bei Überfällen der Neonazis und erstreckt sich auch und gerade auf die Unterstützung der Flüchtlinge bei drohender Abschiebung.

Argumentieren, wo möglich, zuschlagen, wo nötig!

Angesichts der Flut neonazistischer Terroranschläge steht die massive *Notwehr* im Vordergrund: Mit Geschwätz und guten Worten, "Betroffenheit" weit ab von den Überfällen läßt sich gar nichts ändern. Abwiegelei mit der Phrase "bloß keine Gewalt" sowie die reaktionäre Berichterstattung in den bürgerlichen Medien über erfolgreiche Gegenwehr fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte, gemeinsam mit den Asylbewerbern gegen die Nazis, sind gleichermaßen große Gefahren. Dieser Art von Druck darf auf keinen Fall nachgegeben werden. Gegen aktive Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln, mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden. Mit aller Kraft, überall, wo die Neonazis auftreten, muß die Selbsthilfe gegen den Nazi-Terror organisiert werden!

Die gesamte Situation in der Bundesrepublik erfordert aber auch, überall wo es möglich ist, tiefgehend über eine ganze Fülle von Fragen zu diskutieren und zu argumentieren, Veranstaltungen und Debatten durchzuführen, mit Flugblättern und Plakaten deutlich zu machen, daß es um mehr geht als um eine aktuelle, fürchterliche Welle von nazistischen Anschlägen:

Verschiedene Abteilungen der herrschenden Klasse wollen mit verteilten Rollen die Mehrheit der Bevölkerung dazu aufhetzen, dem Terror - neonazistischem oder aber staatlichem - tatenlos zuzuschauen oder zuzustimmen. So oder so wird von der herrschenden Klasse deutscher Nationalismus und Rassismus angeheizt.

Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Krise und der Bereitschaft der Bundeswehr, in anderen Ländern für die Interessen des deutschen Kapitals in Kriege einzugreifen und selbst Kriege zu führen soll die Bevölkerung in der Bundesrepublik abgelenkt werden. Sie soll aufgehetzt werden gegen die so beschimpften "Asylanten", um an ihnen Enttäuschung und Verbitterung über die ständige Verschlechterung der Lebenslage eines großen Teils der Bevölkerung abzulassen.

- ◆ In Leipzig räumte die Polizei unter dem Gegröhle von 60 Neonazis ein Heim für Asylbewerber - unter dem Vorwand von "Streitigkeiten unter Asylbewerbern".

Dies sind die Meldungen von dpa allein von **einem Tag**, vom 29.9.91 - also bestimmt keine vollständige Aufzählung!

3. Oktober 1991, "Tag der deutschen Einheit" - der Terror geht weiter

Am "Tag der Deutschen Einheit", dem 3. Oktober häuften sich die Anschläge - und sie gehen weiter!

- ◆ In Mönchengladbach stach vor den Augen von Passanten ein Neonazi einen Türken nieder, der lebensgefährlich verletzt wurde.
- ◆ In Bad Honnef wurde ein Heim mit Stahlkugeln angegriffen.
- ◆ In Ahnatal-Weimar in der Nähe von Kassel überfielen 25 Neonazis mit Äxten, Eisenstangen und Schlagstöcken eine Unterkunft von Asylbewerbern.
- ◆ In Seesen (Niedersachsen) wurde ein von deutschen und türkischen Familien bewohntes Reihenhaus mit Brandsätzen beworfen - drei Kinder mußten mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus.
- ◆ In Bad Münder am Deister (Niedersachsen) wurde ein jüdischer Asylbewerber aus der Sowjetunion von vier Jugendlichen überfallen und zusammengeschlagen.
- ◆ In Pielenhofen bei Regensburg wurde ein Brandanschlag gegen eine Unterkunft von Asylbewerbern verübt.
- ◆ In Hünxe wurden bei einem Brandanschlag zwei libanesischen Kinder im Alter von 6 und 8 Jahren lebensgefährlich verletzt.

In der Ex-DDR:

- ◆ In Zwickau haben am 3./4. Oktober etwa 80 Neonazis eine Unterkunft für Asylbewerber angegriffen. Nach Polizeiangaben wurden auch in vier weiteren sächsischen Orten Asylbewerber überfallen. (FR vom 5.10.91)
- ◆ In Gatersleben (Sachsen-Anhalt) wurde die Wohnung rumänischer Asylbewerber von Neonazis vollständig verwüstet.
- ◆ In Schmölln (bei Gerda in Thüringen) bewarfen Neonazis eine Unterkunft von Asylbewerbern, die allerdings zwei der Neonazis zu fassen bekamen!

Am Wochenende

5./6. Oktober 1991

vermelden die Nachrichtenagenturen reuter/dpa:

- ◆ In Halstenbek wurden Scheiben einer Flüchtlingsunterkunft von Neonazis eingeworfen.
- ◆ In Osnabrück und in Winsen/Luhe kam es zu Angriffen der Neonazis.
- ◆ In Brühl überfielen neonazistische Skins eine Gruppe von Nigerianern. Ein Nigerianer erlitt schwere Kopfverletzungen.
- ◆ In Kirchheim/Teck wurde ein von Familien aus der Türkei bewohntes Haus mit einem Brandsatz beworfen.

In der Ex-DDR:

- ◆ In Luckenwalde, Rheinsberg, Treuenbrietzen und Jüterbog wurden Flüchtlingsunterkünfte von Neonazis mit Steinen, Stangen und Brandsätzen angegriffen.
- ◆ In Storkow schändeten Neonazis einen sowjetischen Friedhof und bewarfen mit den herausgerissenen Grabsteinen ein Heim für Asylbewerber.
- ◆ In Gotha warfen vier Neonazis einen sowjetischen Soldaten aus dem dritten Stock eines Hauses. Er wurde schwer verletzt.
- ◆ Auch in vier Orten in Thüringen kam es zu neonazistischen Überfällen auf Flüchtlingsheime, die mit Steinen, Flaschen und Brandsätzen beworfen wurden. So in Meiningen, Gotha, Greiz (Kreis Gera) und Streufdorf (Kreis Hildburghausen).
- ◆ In Frohnau (Kreis Annaberg) warfen etwa 30 Neonazis Scheiben und die Eingangstür eines Flüchtlingsheims ein.
- ◆ In Eilenburg kam es zu heftigen Straßenschlachten zwischen Dutzenden von Neonazis und den sich wehrenden Asylbewerbern.

(Stand 6.10.91)

Vom 1. Januar bis zum 9. Oktober 1991 gab es "offiziell registriert" **177 Brandanschläge**, davon allein 59 in Nordrhein-Westfalen, weitere 70 in den anderen "alten Bundesländern" (FR 11.10.91). Allein im September wurden über 200mal Asylbewerber sowie überhaupt Werktätige aus anderen Ländern und ihre Familien oder deren Unterkünfte angegriffen (FR 12.10.91).

Laut BKA könne angeblich eine "Steuerung durch rechtsextremistische Organisationen" nicht ausgemacht werden!

Unsere Aufgaben

Es muß deutlich werden, gerade in der Arbeiterklasse, den unteren Schichten auf den Dörfern, allen ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen, **daß auf der ganzen Welt die "Verdamnten dieser Erde" um ihr Recht auf bloße Existenz, auf Arbeit und Essen, kämpfen und deswegen verfolgt und gejagt werden.**

Es geht darum, die ganzen Mechanismen dieser sogenannten "Weltwirtschaftsordnung", der imperialistischen Ausbeutung aller Völker der Welt durch einige imperialistische Großmächte aufzuzeigen. Es geht darum, die Folgen dieser "Ordnung", nämlich unter anderem verstärkte sogenannte "moderne Völkerwanderungen" bewußt zu machen, selber zu verstehen und anderen zu erklären, die bereit sind, die braune Pest zu bekämpfen.

Es geht vor allem darum, angesichts der sich weltweit zuspitzenden Krise, der zunehmenden Gefahr von reaktionären Raubkriegen und großen imperialistischen Kriegen, diesem ganzen System, das auf Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats und der anderen Werktätigen beruht, den Krieg zu erklären. Wir müssen uns selbst und andere auf einen langen Kampf einstellen, in dem vor allem eine tiefgehende Änderung, die revolutionäre Veränderung, der Kampf für eine gesellschaftliche Umwälzung, der Kampf für eine wirklich sozialistische Revolution, Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder, Seite an Seite mit den "Verdamnten dieser Erde" klares Ziel ist!

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Kampf gegen Rassismus und Nationalismus!



Über den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus

I. Das imperialistische Weltsystem ist die Ursache der "modernen Völkerwanderung"!

Deutsche Zustände 1991: Abschiebung von politisch Verfolgten an den Grenzen, Einpferchen von Asylsuchenden in Lager, Brandanschläge auf "Asylantenheime", Ausbeutung und Knechtung der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, "Bürgerinitiativen" und "Bürgerwehren" gegen "Überfremdung", pogromartige Überfälle auf Asylsuchende, auf Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern. Deutscher Chauvinismus und Rassismus, die ungebrochene Tradition des Nazi-Faschismus tragen ihre giftigen Früchte!

Es ist den west/deutschen Imperialisten unbestreitbar gelungen, das Gift des deutschen Chauvinismus, des Rassismus und der Überheblichkeit in die Köpfe breiter Kreise der Werktätigen, der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland einzupflanzen. Dieses Gift dient ihnen dazu, die Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern, durch die Schaffung von "Sündenböcken" von den wahren Schuldigen für Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, Verelendung, Hunger, Not und Kriegen abzulenken. Und der west/deutsche Imperialismus selbst ist es, der maßgeblich dafür verantwortlich ist, daß so viele Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, um Schutz vor politischer Verfolgung zu suchen oder um ihren einzigen "Besitz", die Ware Arbeitskraft, zu Markte zu tragen, um sich selbst und ihre Familien vor dem Verhungern zu bewahren!

Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit in Osteuropa und der Sowjetunion, aber auch in anderen Ländern Europas ist der Beginn einer Hunderttausende von Arbeitsuchenden umfassenden Völkerwanderung in der Tat im Gange. Eine

Völkerwanderung von Menschen, die nach den kapitalistischen Gesetzen der "Marktwirtschaft", sprich: nach den Gesetzen des Profits, nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage, ihr Zuhause hinter sich lassen müssen, und - manchmal nicht einmal mit dem notdürftigsten ausgestattet - sich mitsamt ihren Familien auf den Weg machen, um hier in Westdeutschland Arbeit zu suchen.

Die Ursachen für diesen Prozeß der Völkerwanderung auf neuer Stufenleiter liegen gewiß nicht nur in der dramatischen Zuspitzung der Lage in Osteuropa und der Sowjetunion. Sie liegen nicht allein im Zusammenbruch jener Regimes, die vorgaben, "sozialistisch" zu sein, in Wirklichkeit aber schon jahrzehntelang unter dem Aushängeschild "Sozialismus" eine gegen das eigene Volk, gegen die Arbeiterklasse des eigenen Landes gerichtete Politik betrieben, die zur Sicherung der Herrschaft einer "neuen Bourgeoisie" diente. Die Ursachen liegen vielmehr tiefer, liegen im System des Imperialismus selbst begründet.

Der Kapitalismus ist international. Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen, auf dem "Arbeitsmarkt" als Ware anbieten. Sie suchen dort Arbeit, wo ihre Arbeitskraft scheinbar oder wirklich am besten bezahlt wird. Hunger und extrem elende Lebensbedingungen sind wesentliche Gründe, außerhalb des eigenen Landes ihren einzigen Besitz, die Arbeitskraft, auf dem Markt in anderen Ländern anzubieten und zu verkaufen.

Im Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus, wo eine Handvoll Großmächte die

Welt unter sich aufgeteilt haben, sind solche elenden Lebensbedingungen in den von ihnen ausgebeuteten und unterdrückten Ländern die Regel.

Dies ist die unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung der Kolonien und abhängigen Länder, der Auspressung riesiger Extraprofite aus den Werktätigen dieser Länder durch die Imperialisten.

Kamen in den 60er und 70er Jahren die "angeworbenen" Arbeitskräfte vor allem aus Süd- und Südosteuropa und der Türkei nach Westdeutschland, so ist jetzt eine verstärkte Zuwanderung aus Osteuropa, aber auch aus Asien und Afrika zu beobachten.

Diese Erscheinungen der Völkerwanderung nutzen die west/deutschen Imperialisten bewußt:

- Sie schaffen eine industrielle Reservearmee, ein Heer "arbeitswilliger" Arbeitskräfte, die gezwungen sind, sich für Hungerlöhne und unter miserabelsten Bedingungen zu verkaufen. Mit dem Hinweis auf dieses "Potential" versuchen die Kapitalisten, die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

- Schließlich schüren die west/deutschen Imperialisten Nationalismus und Chauvinismus, hetzen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedensten Ländern gegeneinander auf, um nach dem alten Motto aller Unterdrücker und Ausbeuter "Teile und herrsche!" ihre Herrschaft zu sichern.



"Doch nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen" (LENIN)

Doch die Erscheinung der "modernen Völkerwanderung" ist nicht neu. Wir können auf die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zurückgreifen, können daraus lernen, wie gegen die Imperialisten und Opportunisten in dieser Frage zu kämpfen ist!

Lenin schrieb in seiner Schrift "Kapitalismus und Arbeiterimmigration" schon 1913, daß es gar keinem Zweifel unterliegt, daß nur

"äußerstes Elend die Menschen veranlaßt, die Heimat zu verlassen, und daß die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenlosester Weise ausbeuten."

(Lenin, "Kapitalismus und Arbeiterimmigration", 1913, Werke Band 19, S. 447)

Und:

"Der Kapitalismus hat eine besondere Art der Völkerwanderung entwickelt. Die sich industriell rasch entwickelnden Länder, die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen, erhöhen die Arbeitslöhne über den Durchschnitt und locken die Lohnarbeiter aus den zurückgebliebenen Ländern an.

Hunderttausende von Arbeitern werden auf diese Weise Hunderte und Tausende Werst (russisches Längenmaß, AdV) weit verschlagen."

(ebenda)

In seinem grundlegenden Werk über den Imperialismus schrieb Lenin, daß entsprechend dem neuen Stadium des Kapitalismus, dem Imperialismus, sich auch das Problem der Völkerwanderung verstärkte:

"Zu den mit dem geschilderten Erscheinungskomplex (dem Parasitismus, AdV) verknüpften Besonderheiten des Imperialismus gehört die abnehmende Auswanderung aus den imperialistischen Ländern und die zunehmende Einwanderung (Zustrom von Arbeitern und Übersiedlung) in diese Länder aus rückständigeren Ländern mit niedrigeren Arbeitslöhnen."

(Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1916, Werke Band 22, S. 287)

Lenin stellte klar, daß diese moderne Völkerwanderung nicht nur zwangsläufige Folge des Imperialismus ist, sondern auch große Chancen und Aufgaben im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse der ganzen Welt bietet. Er führte aus:

"Doch nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen

Massen der ganzen Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt. (...)

Die Bourgeoisie hetzt die Arbeiter der einen Nation gegen die der andern auf und sucht sie zu trennen. Die klassenbewußten Arbeiter, die begreifen, daß die Zerstörung aller nationalen Schranken durch den Kapitalismus unumgänglich und fortschrittlich ist, bemühen sich, die Aufklärung und Organisierung ihrer Genossen aus den zurückgebliebenen Ländern zu unterstützen."

(Lenin, "Kapitalismus und Arbeiterimmigration", a.a.O., S. 447 und 450)

Von entscheidender Bedeutung war der Kampf von Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1907 auf dem Sozialistenkongreß in Stuttgart (siehe Lenin-Werke Band 13, S. 71 und 81), auf dem einige beschränkte Nationalisten gar das Verbot der Einwanderung aus rückständigeren Ländern, damals vor allem aus China, forderten. Diese spießbürgerlichen, reaktionär-nationalistischen Absichten erhielten eine Abfuhr. Lenin bemerkte zu Recht:

"Das ist derselbe Geist des Aristokratismus unter den Proletariern einiger 'zivilisierter' Länder, die aus ihrer privilegierten Lage gewisse Vorteile ziehen und daher geneigt sind, die Forderungen internationaler Klassensolidarität zu vergessen."

(Lenin, "Der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart", 1907, Werke Band 13, S. 71)

Der "Internationale Sozialistenkongreß" von 1907 lehnte in seiner Resolution eine von den Opportunisten geforderte Begrenzung der Einwanderung von Arbeiterinnen und Arbeitern in die industrialisierten Länder als "vom Standpunkt der proletarischen Solidarität verwerflichen Ausschließung" ab:

"Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter. Sie sind oft ein Mittel, den Anteil der Arbeiter an der Arbeitsproduktion herabzusetzen und nehmen zeitweise durch politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an.

Der Kongreß vermag ein Mittel zur Abhülfe

der von der Aus- und Einwanderung für die Arbeiterschaft etwa drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmemaßregeln zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluß fremder Nationalitäten ..."

("Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart 1907", Protokoll, Berlin, 1907, Nachdruck, Stuttgart 1977, S. 58)

Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kämpften gegen die opportunistischen Reaktionäre, die versuchten, Arbeitsmöglichkeiten für Japaner und Chinesen zu beschränken und dabei damit "argumentierten", daß diese Arbeiter ja so rückständig und unentwickelt seien. Lenin charakterisierte diese Leute und die eigentlichen Aufgaben folgendermaßen:

"Der Geist zünftlerisch beschränkter Abgeschlossenheit, trade-unionistischer Exklusivität war bei solchen Leuten stärker als das Bewußtsein der sozialistischen Aufgaben: Aufklärung und Organisierung der von der Arbeiterbewegung noch nicht erfaßten Schichten des Proletariats."

(ebenda, S. 81)

Für die Anwendung der proletarisch-internationalistischen Linie auch in der deutschen Sozialdemokratie kämpfte Karl Liebknecht auf dem Parteitag der SPD 1907:

Ich habe mich zum Worte gemeldet, um einige Ausführungen über die Frage der Ein- und Auswanderung zu machen, die in der Diskussion etwas kurz weggekommen ist. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die eminente Wichtigkeit dieser Frage lenken. Ich habe viel Gelegenheit, die Misere der Einwanderer in Deutschland und insbesondere ihre Abhängigkeit von der Polizei zu beobachten, und ich weiß, mit welchen Schwierigkeiten diese Leute zu kämpfen haben. Ihre Vogelfreiheit sollte gerade uns deutsche Sozialdemokraten besonders veranlassen, uns mit der Regelung des Fremdenrechtes, besonders der Beseitigung der Ausweisungsschmach, schleunigst und energisch zu beschäftigen. Es ist ja bekannt, daß die gewerkschaftlich organisierten Ausländer mit Vorliebe ausgewiesen werden.

(...)

Die Resolution des Stuttgarter Kongresses bestimmt auch über unsere Stellung zur Ausweisungsfrage; darauf sei hier nachdrücklich hingewiesen. Sie enthält unter Ziffer 3 des Minimumprogramms die Abschaffung aller Beschränkungen

gen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt im Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen. Hierzu war von Ungarn ein Zusatzantrag gestellt, wonach die Ausweisung den Garantien einer gerichtlichen Entscheidung unterworfen werden sollte. Dieser Antrag wurde zurückgezogen, nachdem Übereinstimmung darüber erzielt war, daß durch die erwähnte Ziffer 3 die Beseitigung des gesamten Ausweisungsrechtes gefordert sei. Die Kongressresolution fordert also die völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern auch in bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande. Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!"

(Karl Liebknecht, "Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!", Diskussionsrede in der Debatte über den Bericht vom Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart", 1907, zitiert nach: "Gesammelte Reden und Schriften", Band II, Berlin(DDR), 1985, S. 72 - 73)

Einige Jahre später bekämpfte Lenin die opportunistischen Führer der sozialistischen Partei Amerikas, die entgegen den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz Beschränkungen für die Einwanderung von Arbeitskräften aus anderen Ländern forderten:

"Wir denken, daß niemand Internationalist sein und zugleich für derartige Beschränkungen eintreten kann."

(Lenin, "An den Sekretär der 'Liga für sozialistische Propaganda'", 1915, Werke Band 21, S. 435)

Damit hat uns Lenin den Weg gewiesen, wie wir korrekt der rassistischen und chauvinistischen Hetze der Bourgeoisie entgegentreten, wie wir den Kampf gegen die Verhetzung der Werktätigen, der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland führen müssen.



Die pseudolinke Variante des Chauvinismus bekämpfen!

Angesichts der Massenauswanderung aus den Ländern Osteuropas ist auch unter sich selbst als "links" verstehenden Gruppierungen der Trick weit verbreitet, die arbeitssuchenden Massen aus diesen Ländern an den eigenen, angeblich so fortschrittlichen politischen Positionen zu messen, um sie dann abzulehnen und "zum Teufel" zu wünschen.

Daß aus den Ländern Osteuropas nach vielen Jahrzehnten pseudosozialistischer Mißwirtschaft und dem Ausverkauf wesentlicher Wirtschaftszweige an die "klassisch" kapitalistischen Länder des Westens, angesichts des moralischen Zerfalls jener Parteien, die sich "kommunistisch" nannten, deren Funktionäre aber wie die alten Ausbeuter als neue Ausbeuter am Ruder des Staatsapparats den Werktätigen im Nacken saßen, nun nicht gerade revolutionäre, kommunistische Kräfte auswandern, sondern sehr oft völlig desorientierte, antikommunistisch eingestellte, nur noch an der Sicherung eines gewissen Existenzminimums interessierte, oft schon lange aus der Produktion ausgeschiedene Werktätige, sollte nun nicht gerade verwundern.

Klar ist auch, daß die west/deutsche Bourgeoisie diese breiten Massen mit oft antikommunistischem Grundtenor versucht, als Reserve für faschistische Aktivitäten zu mobilisieren und Versuche starten, sie als Lohndrücker und Streikbrecher einzusetzen. (Dabei spielt die revanchistische Ideologie des sogenannten "Deutschstämmigen" eine Rolle, eine absurde Geschichte, wobei jemand mit Hilfe des Wehrmachts- oder SS-Ausweises seines Großvaters sein "Deutsch-Sein" nachweisen kann, auch wenn er selbst längst als Pole oder Sowjetbürger fern jeglicher "deutschen Tradition" gelebt hat.)

Länder wie Polen, Ungarn, Rumänien sind im Vergleich mit Westdeutschland industriell zu meist doch sehr rückständige Länder, sie bluten in der aktuellen Situation regelrecht aus, und eine "Rette-sich-wer-kann-Stimmung" greift um sich. Die reaktionärsten nationalistischen Scharfmacher treiben heute dort ihr Spiel, in Jugoslawien ebenso wie in der Sowjetunion, in Rumänien und in Ungarn.

In dieser Atmosphäre trumpfen die westdeutschen Gewerkschaftsbonzen, die Arbeiteraristokraten, also die besser bezahlte und bestochene Oberschicht der Arbeiterklasse, auf. War es schon immer ihr Credo, Überheblichkeit gegenüber den

Arbeiterinnen und Arbeitern aus ökonomisch rückständigen Ländern zu predigen, so präsentieren sie sich jetzt ganz groß als Interessensvertreter der **“Deutschen”**, in einem Jargon, der sich ähnlich vor über 50 Jahren bereits gegen andere Völker und alles angeblich **“Undeutsche”** richtete - wir ersparen uns hier das faschistoide ABC dieser Damen und Herren.

Hier gilt es, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, die schon seit längerem in Westdeutschland leben und arbeiten, die eine feste Basis für den Kampf gegen den Chauvinismus darstellen, anzutreten, die arbeit aristokratischen verspießerten Interessensvertreter des west/deutschen Imperialismus zu entlarven und zu bekämpfen und eine gemeinsame internationalistische Front mit den neuankommenden Arbeitssuchenden zu schmieden.

Angesichts der Tatsache, daß Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, etwa aus der Türkei, oft bei betrieblichen Auseinandersetzungen, im Streikkampf, bei Demonstrationen an vorderster Front stehen, ist nationalistische Überheblichkeit ihnen gegenüber besonders absurd. (Klar, daß auch im Falle, daß es einmal in einem Kampf anders ist, jeglicher nationaler Hochmut der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter abzulehnen ist.)

Wenn nun in den letzten Monaten verstärkt Arbeiterinnen und Arbeiter aus Ländern nach Westdeutschland kommen (vor allem aus Osteuropa), in denen die Kämpfe der Arbeiterklasse **nicht** so entwickelt sind wie etwa in der Türkei, ja eigene Erfahrungen in Kämpfen selbst für gewerkschaftlich-ökonomische Forderungen eher die Ausnahme darstellen, dann ist dies noch lange kein Grund für Überheblichkeit.

Gänzlich arrogant ist jedoch die Vorstellung, daß die Zuwanderung von Arbeiterinnen und Arbeitern vor allem aus osteuropäischen Ländern nun eine im großen und ganzen **“klassenkämpferische Arbeiterbewegung in Westdeutschland”** niedermachen würde. Die Realität ist nämlich, und das weiß niemand besser als die wenigen, aber um so wichtigeren wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in den Betrieben, daß es eine solche im Kampf erprobte **“klassenkämpferische Arbeiterbewegung”** in Westdeutschland heute nicht gibt.

Wahr ist lediglich, daß - anders als durch die Zuwanderung der zum Teil sehr kampfbereiten Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei - durch die Zuwanderung von Arbeiterinnen und Arbeitern etwa aus Polen, Ungarn oder Rumänien im **Augenblick** sich nicht unmittelbar neue kämpferische oder gar revolutionäre Kräfte in den Betrieben entfalten.

Was bleibt zu tun? Weiter die revolutionären Kräfte in den einzelnen Betrieben zusammenschließen, auch an kleinen und scheinbar unbedeutenden Fragen den Kampf gegen das Kapital führen, die Idee der Solidarität entwickeln und entfalten, aufklären, diskutieren, organisieren - im Kampf gegen alle reaktionären Ideen und jegliche deutsch-nationalistische Überheblichkeit. Der Grundgedanke der proletarisch-internationalistischen Solidarität, die Idee des Zusammenschlusses über die Grenzen der Nationalität hinweg, muß bei diesen Kämpfen im Vordergrund stehen.

Aus den Betrieben selbst muß die Initiative im Kampf gegen nationalistische und rassistische Hetze kommen!

In jedem Betrieb findet tagtäglich die Auseinandersetzung über alle angeschnittenen Fragen statt:

Nicht nur infolge der Hetze der BILD- und anderer Zeitungen, der Hetze von Rundfunk und Fernsehen, sondern auch im Zusammenhang mit den tatsächlich mal mehr, mal weniger schwelenden Konflikten zwischen westdeutschen Kolleginnen und Kollegen und denen aus anderen Ländern muß der Kampf gegen deutsch-chauvinistische Vorurteile geführt werden.

Die Haltung in all diesen Fragen ist gewissermaßen ein **Prüfstein**, wieweit die deutschen Kolleginnen und Kollegen noch voll und ganz in den ideologischen Fängen der west/deutschen Bourgeoisie hängen, oder inwieweit sie bereits gefühlsmäßig und durch ihr tagtägliches Verhalten die Idee der Solidarität und des Zusammenschlusses über die Grenzen der Nationalität hinweg verbreiten, ihr zum Durchbruch verhelfen.

Ganz besondere Bedeutung hat dabei die Erfahrung des **gemeinsamen Kampfes** im kleinen, wie im großen. Dort, wo in den Betrieben schon **Streiks** durchgeführt wurden, ist die Idee der Überwindung des Nationalismus und Rassismus, die Idee des gemeinsamen Kampfes und des proletarischen Internationalismus oft schon im Keim angelegt. Dort beginnt sich manchmal schon die Erkenntnis durchzusetzen, daß es **gemeinsam** gilt, über Tagesziele hinaus, die Grundfesten des ganzen Systems des Kapitalismus zu erschüttern, das System des Imperialismus zu stürzen.

Es ist auch leicht zu verstehen, daß Kolleginnen und Kollegen beispielsweise aus der Türkei, die wissen und oftmals am eigenen Leib erfahren haben, was politische Unterdrückung in ihrem Heimatland bedeutet, klarer und rascher die Initiative ergreifen, wenn etwa rechtsradikal beeinflusste "Bürgerinitiativen" und "Bürgerwehren" oder direkt neonazistische Kräfte Asylsuchende in der Umgebung terrorisieren, überfallen oder gar deren gefängnisähnliche Unterkünfte und Elendsquartiere anzünden.

Hier gilt es anzuknüpfen, eine gemeinsame Front zu schmieden gegen jegliche nationale Borniertheit, gegen das Gift des Chauvinismus und Rassismus, die gemeinsame Front gegen die gemeinsamen Ausbeuter und Unterdrücker!

Gemeinsamer Kampf für das Recht auf ungehinderte Einwanderung

Die richtige Haltung zur Frage der modernen Völkerwanderung ist eng verbunden mit einer richtigen Haltung zur Frage des Asylrechts. Beide Fragen beinhalten keinesfalls dasselbe, aber beide Fragen überschneiden sich. Es gibt Teilbereiche, in denen kaum genau festzustellen ist, ob es sich bei bestimmten Problemen um Fragen der Völkerwanderung, um Fragen der Arbeitsuchenden handelt oder nicht gleichzeitig um Fragen der politisch bedingten Verfolgung ganzer Volksgruppen.

Dies wird deutlich etwa bei den nach Westdeutschland gekommenen Kurden aus dem Staats-

gebiet der Türkei. Einerseits kamen diese in der Tat auf der Suche nach Arbeit nach Westdeutschland, die unerträglichen Zustände in ihrer Heimat für die kurdische Minderheit aber stellen natürlich ebenfalls eine politische Verfolgung dar.

Bleiben wir einen Augenblick bei diesem Beispiel, um das Problem klar zu machen, um das es geht:

Wenn jemand aus der Türkei in Westdeutschland Arbeit sucht, er aber eben Arbeit sucht, weil er in seinem Heimatland politisch verfolgt wird und dort auch deswegen keine Arbeit findet, dort nicht leben kann, dann ist es ganz und gar ein "taktische" Frage, eine Frage der jeweiligen Einschätzung, ob er sich nun als "Asylbewerber" registrieren läßt (das bedeutete bis 1990 langjähriges Arbeitsverbot, und auch heute noch langer Aufenthalt in sogenannten "Sammellagern", Verbot, den Wohnort zu verlassen, reale Gefahr der Abschiebung und ist mit einer Fülle von Schikanen verbunden) oder ob er sich direkt um andere, sogenannte "illegale" Möglichkeiten kümmert. Droht ihm dann irgendwann die Ausweisung, höhnen die verbrecherischen Bürokraten des west/deutschen Imperialismus: "Warum beantragt er denn erst jetzt, in der Abschiebehaft Asyl? Der kann doch gar nicht vorher verfolgt worden sein - Scheinasylant!"

In Wahrheit sind jedoch die Bedingungen der Asylsuchenden in Westdeutschland so miserabel und gekennzeichnet von so mannigfachen Einschränkungen, daß in der Realität dies für viele nur die letzte Möglichkeit ist, um einer sofortigen Abschiebung zu entgehen.

Wenn klar ist, daß wir im Geiste der internationalistischen Arbeiterbewegung gegen jede Beschränkung der Arbeitserlaubnis und Einwanderung gegenüber Arbeitsuchenden aus anderen Ländern sind und gleichzeitig in demokratischer Tradition das Asylrecht verteidigen - dann werden wir in der Lage sein, auch ideologisch und politisch die hundertundeins aufgestellten Fallen der Ideologen des west/deutschen Imperialismus aufzuspüren und zu entlarven. Dann können wir **offensiv** sowohl das Recht auf Suche nach Arbeit für die "Verdammten dieser Erde" verteidigen, als auch **offensiv** das Recht auf Asyl als demokratisch definiertes Grundrecht.

Gemeinsamer Kampf für alle demokratischen Rechte für die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern

Der Kampf für das Recht auf ungehinderte Einwanderung für die Arbeiterinnen und Arbeiter, egal welcher Nationalität sie sind, egal aus welchen Ländern sie kommen, muß unbedingt mit dem Kampf gegen ihre Rechtlosigkeit, bzw. weitgehende Beschränkung ihrer Rechte verbunden werden. Beispielsweise wird ihnen das Wahlrecht vorenthalten, das Aufenthalts- und Arbeitsrecht ist durch eine ganze Reihe von Einschränkungen und Bedingungen beschnitten. Faktisch müssen sie ständig mit der Ausweisung oder Abschiebung rechnen, gerade auch, wenn es sich um revolutionäre klassenkämpferische Kolleginnen und Kollegen handelt.

Ein Eintreten der westdeutschen Arbeiterklasse für die demokratischen Rechte der aus anderen Ländern nach Westdeutschland gekommenen Arbeiterinnen und Arbeiter (egal ob sie aus ökonomisch-sozialen Gründen herkamen, oder weil sie vor der Reaktion in ihren Herkunftsländern fliehen mußten) ist die Voraussetzung, daß ein Vertrauen der eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter in die westdeutsche Arbeiterklasse entsteht.

Die weitverbreitete chauvinistische Ablehnung und die rassistischen Vorurteile, die auch von einem erheblichen Teil der westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern entgegengebracht werden, können nur Mißtrauen und nationale Absonderung bewirken.

Die weitgehende Rechtlosigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern ist zudem ein ganz zentrales Mittel der west/deutschen Bourgeoisie, um in Zeiten verstärkter Arbeitslosigkeit und Krisen oder auch in Arbeitskämpfen Druck auf diese auszuüben, um die gemeinsame internationalistische Kampffront der Arbeiterinnen und

Arbeiter zu spalten oder ihr Entstehen im Kampf von vorneherein zu untergraben.

Gerade in den Auseinandersetzungen mit dem Kapital in den Betrieben stellt sich daher die Aufgabe, alle Kräfte, alle Manöver und alle ideologischen Argumente der Bourgeoisie zu entlarven, die auf eine Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund unterschiedlicher Nationalität abzielen. Es gilt, den Arbeiterinnen und Arbeitern bewußt zu machen, daß dies (bisher leider oft erfolgreiche) Versuche der Bourgeoisie sind, die Arbeiterbewegung gegen den west/deutschen Imperialismus zu schwächen, sie zu knebeln, und so die ökonomische und politische Macht der westdeutschen Imperialisten zu stabilisieren.

Ein Eingreifen in diesem Sinne, ein Verbreiten der revolutionären internationalistischen Ansichten in den Betrieben fällt gerade dort auf fruchtbaren Boden, auch wenn die west/deutsche Bourgeoisie mit ihrer chauvinistischen Verhetzung in der deutschen Arbeiterklasse, und gerade bei den arbeiteraristokratischen Teilen besondere Erfolge hat.

Denn in den Betrieben, in den Kämpfen gegen das Kapital zeigt sich die "fortschrittliche Bedeutung der modernen Völkerwanderung", da die tägliche Erfahrung der Masse der Arbeiterklasse lehrt, daß sich die Bourgeoisie die Schranken der Nationalität zunutze macht und erst über diese Schranken hinweg sich ein auf internationalistischem Bewußtsein basierender gemeinsamer solidarischer Kampf gegen die Bourgeoisie entwickeln kann.

Nur auf dem Weg des Kampfes gegen Chauvinismus und Rassismus wird es gelingen, die fortschrittliche Bedeutung der modernen Völkerwanderung, von der Lenin sprach, für den gemeinsamen Kampf zu nutzen. Doch geschieht dies, wie jeder Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, nicht spontan. Dazu bedarf es einer zielklaren, im Kampf gegen Imperialismus und Opportunismus gestählten Kommunistischen Partei, die das proletarische Klassenbewußtsein in die Massen einträgt!

II. Verhindert Abschiebung und Massenausweisung von politisch Verfolgten, die ihr demokratisches Recht auf Asyl fordern!

In der Frage des Asylrechts gibt es gerade in den letzten Jahren eine lange Debatte darüber - angezettelt von den Medien der Bourgeoisie - wer denn nun einen Anspruch auf dieses Recht habe.

Der Bourgeoisie geht es natürlich darum nachzuweisen, daß doch von politischer Verfolgung "keine Rede" sein könne, wenn Teilnehmer einer Demonstration, die festgenommen werden, etwa in der Türkei gefoltert würden. Das Auswärtige Amt gibt dann die Auskunft, daß dies in der Türkei halt so üblich sei und "Folter kein Asylgrund" sei.

Was sich hier an den Gerichten der Bundesrepublik Deutschland abspielt, spottet jeder Beschreibung: Es wird versucht, den Begriff des "politischen Asyls" so massiv wie nur möglich einzuschränken.

Vor allem versuchen die reaktionären Juristen die Sache so darzustellen, daß nicht die politisch verfolgten breiten Volksmassen, seien sie nun Mitglied einer Organisation oder nicht, das Recht auf politisches Asyl haben, sondern nur noch die aktiven, "eingeschriebenen" Mitglieder - die sich womöglich noch von den jeweiligen reaktionären, konterrevolutionären Regimes schriftlich geben lassen müssen, daß sie politisch verfolgt werden.

Gleichzeitig wird von der imperialistischen Bourgeoisie auf *ideologischem Gebiet* eine Provokation gestartet, auf die viele ehrliche Kräfte, die aktiv gegen die reaktionäre Einschränkung des Asylrechts kämpfen, gerade falsch reagieren.

Provokativ berufen sich die imperialistischen Demagogen auf die abstrakt richtige Formel, daß doch "nicht jeder automatisch" das Asylrecht beanspruchen könne.

Diese reaktionären Kräfte haben dabei selbstverständlich nicht ihresgleichen, die konterrevolutionären Folterknechte etwa aus Chile oder anderswo vor Augen.

Sondern sie versuchen, die Tatsache, daß das Asylrecht wirklich "definiert" ist, daß also gewisse Einschränkungen und Grenzen bestehen, gerade *gegen eine demokratische und breite Anwendung des Asylrechts* gegenüber den breiten Massen der unterdrückten und verfolgten Werktätigen aus anderen Ländern zu wenden.

Heute steht dabei das Manöver im Vordergrund, die Frage des Asylrechts zu vermischen mit den Problemen der modernen Völkerwanderung, um das Asylrecht ad absurdum zu führen.

Denn in der Tat: Gerade aus Osteuropa kommen viele Werktätige nach Westeuropa, in die Bundesrepublik Deutschland, und es wäre unsinnig, den Begriff des "politischen Asyls" so aufzufassen, daß der gesamte Prozeß der Völkerwanderung von Ost- nach Westeuropa in diese Kategorie eingeordnet wird.

Auch wenn es sich dabei in der Mehrzahl nicht um Fälle "politischer Verfolgung" handelt, sollte man es sich zwei besonderen Gruppen aus Osteuropa gegenüber *nicht* so einfach machen: das sind die von Pogromen verfolgten Roma und die Teile der jüdischen Bevölkerung, die unter dem Eindruck des in Riesenschritten anwachsenden Antisemitismus aus ihrer Heimat fliehen, nach Westeuropa ausreisen und selbstverständlich im klassischen Sinne unter das Asylrecht fallen - fallen müßten.

Am Beispiel der Hetze gegen Arbeitsuchende und Flüchtlinge aus Rumänien kann dieses Problem erläutert werden.

Die Hetze gerade gegen die "Rumänen" hat einen seiner besonderen Gründe darin, daß weit über die Hälfte der aus Rumänien Fliehenden Roma sind. Während die reaktionär-antikommunistischen Kräfte in Rumänien gewiß keinen Grund haben zu fliehen, sondern in Rumänien bleiben, um ihr Unwesen zu treiben, sind dort die Roma,

Was ist ein politisch Verfolgter?

In der Verdummungs- und Hetzpropaganda des west/deutschen Imperialismus wird heute viel Druckerschwärze verwendet, um die Unterscheidung zwischen angeblichen "Scheinasylanten" und "politisch Verfolgten" unter die Leute zu bringen.

Und es wird zusammengelogen, daß "politisch verfolgt" nach dem "Grundgesetz", aber auch nach internationalen Verträgen nur der sei, der selbst in einer politischen Organisation Mitglied war bzw. sich ausdrücklich politisch betätigte und deswegen verfolgt wird. Diese einengende, falsche Konstruktion soll dazu dienen, die Zahl der politisch Verfolgten so gering wie möglich zu halten.

In Wirklichkeit aber beinhaltet der Begriff des politisch Verfolgten, daß Menschen aus politischem Kalkül heraus, aus politischer Berechnung verfolgt werden, wobei eben nicht nur deren ausdrücklich politische Tätigkeit Grund der Verfolgung ist, sondern gerade auch rassistische, nationale und andere Gesichtspunkte der Aufhänger hierfür sind.

Politisch verfolgt war eben zur Zeit des Nazi-Faschismus jeder rassistisch verfolgte Jude, ob er nun selbst politisch aktiv war oder nicht.

Dasselbe gilt heute beispielsweise für die Tamilen, die in ihrer Heimat verfolgt und blutig niedergemetzelt werden. Oder für die Kurden aus der Türkei, die sich dort noch nicht einmal als Kurden bezeichnen dürfen, denen es bis vor kurzem verboten war, in der Öffentlichkeit in ihrer Muttersprache zu sprechen, die ständig von der Ermordung durch türkische Militärs bedroht sind. Oder für die Jugendlichen aus dem Iran, die während des reaktionären Krieges zwischen Irak und Iran dem Kriegsdienst entflohen, um nicht als Kanonenfutter für eine ungerechte Sache eingesetzt zu werden. Oder für die Roma aus Osteuropa, die dort pogromartigen Verfolgungen ausgesetzt sind. Sie alle werden von den Politikern der herrschenden Klassen ihrer Länder aus politischem Kalkül heraus gejagt, gefoltert und ermordet, ganz unabhängig davon, ob sie selbst einer politischen Organisation angehören oder nicht.

die auch schon zuvor unterdrückt waren, jetzt Opfer regelrechter Pogrome.

Wir wiederholen: weit über die Hälfte der Flüchtlinge und Arbeitsuchenden aus Rumänien sind Roma, diese verdienen unseren besonderen Schutz und unsere besondere Unterstützung!

Wir stellen dies besonders heraus, da aus gutem Grund Flüchtlinge aus Rumänien oftmals hier den Behörden nicht angeben, daß sie als Roma verfolgt sind, da dies nur erneute Verfolgung und besondere Diskriminierung hier in Deutschland bedeuten würde.

Gleichzeitig versuchen die Behörden, die die Anweisung haben, angekommene Flüchtlinge auf

kleine Ortschaften zu verteilen, auch nur von "Rumänen" zu sprechen - aus ihrem bürokratischem Kalkül heraus, möglichst wenig "Ärger" zu bekommen.

Schon die bloße Ankündigung, daß "Rumänen" kommen, führte in kleineren Ortschaften zu unterschiedlich gearteten "Bürgeraktionen", die oftmals direkt in zutiefst reaktionäre, rassistische Kundgebungen mündeten, wenn klar wurde, daß verfolgte Roma aufgenommen werden sollten.

Zudem wird in Zukunft gegen die Formierung der reaktionären Regimes in den Ländern Osteuropas zunehmend eine "linke" Opposition in diesen Ländern, eine fortschrittliche, an wirklichem Sozialismus orientierte Arbeiterbewegung

entstehen und gewiß sofort politischer Unterdrückung ausgesetzt sein. Auch dieser Aspekt darf nicht aus den Augen verloren werden.

Das gilt selbstverständlich auch für andere Länder und Regionen, etwa für Pakistan. Dort ist besonders deutlich, daß eine massive Unterdrückung einhergeht mit ungeheurem Elend und fehlenden Arbeitsmöglichkeiten.

Außerdem gibt es die Fälle, in denen politisch Verfolgte aus verständlichen Gründen ihre Familien in das Exil-Land nachholen wollen.

So erfordert ein richtiges Verständnis der Probleme der *Überschneidung* des Asylrechts mit der Frage der Völkerwanderung auf jeden Fall *offensive* Antworten auf jegliche Form nationalistic und rassistischer Hetze.

Zu Fragen des demokratischen Rechts auf Asyl:

Kein Asylrecht für Tyrannen und Folterknechte!

Seit 200 Jahren ist das Asylrecht als bürgerlich-demokratisches Grundrecht im Zuge der Französischen Revolution eingeführt worden, und zwar nicht als Asylrecht für flüchtende Monarchen, die gestürzt wurden, und deren Gefolgschaft, sondern für die demokratisch-revolutionären Kräfte.

In der entsprechenden Entschließung von 1791 hieß es:

“Das französische Volk gewährt allen aus ihrem Vaterland wegen ihres Freiheitskampfes verbannten Fremden Asyl. Den Tyrannen dagegen wird es verweigert.”

In der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins wurde selbstverständlich ein Asylrecht in der Verfassung verankert und definiert, ein Asylrecht nicht für die gestürzten Despoten, sondern für die verfolgten “Verdammten dieser Erde”.

In der 1936 verabschiedeten Verfassung der Sozialistischen Sowjetunion hieß es:

“Die UdSSR gewährt Bürgern auswärtiger Staaten, die wegen Verfechtung der Interessen der Werktätigen oder wegen wissenschaftlicher Betätigung oder wegen nationalen Befreiungskampfes verfolgt werden, das Asylrecht.”

Und nach 1945, noch unter dem Eindruck der Anti-Hitlerkoalition, nahm die “Allgemeine Erklärung der Menschenrechte” im Jahre 1948 zur Frage des demokratischen Asylrechts folgendermaßen Stellung:

“Artikel 14 [Asylrecht]

1. Jeder Mensch hat das Recht, in anderen

Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen.

2. Dieses Recht kann jedoch im Falle seiner Verfolgung wegen nichtpolitischer Verbrechen oder wegen Handlungen, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen, nicht in Anspruch genommen werden.”

Hier wird noch deutlich, daß Asyl für Folterknechte, gestürzte Despoten, Henker, Faschisten usw. nicht dem inneren Gehalt eines demokratischen Asylrechts entspricht.

Die reaktionäre Tradition der Anwendung des Asylrechts in Westdeutschland

In der Gegenüberstellung zum “Grundgesetz” wird vollends deutlich, daß die eigentliche Intention der Formulierung im “Grundgesetz” in erster Linie der Schutz der deutschen Naziverbrecher und ihrer Gefolgsleute war.

Dort heißt es im Artikel 16, Absatz 2:

“Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.”

Dies wurde jedoch ganz gewiß nicht aus edlen, humanen Gründen im “Grundgesetz” verankert und erst recht nicht, um wirklich Freiheitskämpferinnen und -kämpfer aus aller Welt zu unterstützen. Auch wenn das Asylrecht für politisch Verfolgte auf dem Papier “neutral” formuliert wurde, so hat der west/deutsche Imperialismus *in der Realität niemals neutral* gehandelt.

Vielmehr war ein weiterer Hintergrund dafür, daß dieser Artikel so bereitwillig ins "Grundgesetz" aufgenommen wurde, der Antikommunismus der damaligen Zeit, die damalige Situation überhaupt. So wurde nämlich in der Realität mit Hilfe dieses allgemein formulierten Artikels den **Faschisten und verbrecherischen Reaktionären**, die vor den Volksmassen ihrer Länder, etwa der Länder Osteuropas, das Weite suchten, der Weg in die Bundesrepublik geebnet. Und in der Tat strömten die **Faschisten und Konterrevolutionäre**, die gesuchten **Kollaborateure** des Nazi-Faschismus aus Rumänien, der Sowjetunion, Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei nach Westdeutschland. Asylrecht **ausdrücklich für diese Sorte** von Leuten in das "Grundgesetz" aufzunehmen, war in der damaligen Situation unmöglich und so wurde die Sache eben so gedreht und ein **allgemeines Asylrecht ohne die von der UNO vorgesehene Einschränkung** festgeschrieben.

In demselben Artikel 16, ebenfalls im Absatz 2 wurde aber auch festgelegt, daß "kein Deutscher an das Ausland ausgeliefert werden" darf. Konkret bedeutet das, daß Deutsche, die in anderen Ländern Verbrechen begangen haben, nicht ausgeliefert werden dürfen. Damit wurden angesichts der Hunderttausenden von Verbrechen, die Deutsche zur Zeit des Nazi-Faschismus in anderen Ländern begangen hatten, diese Leute davor ge-

schützt, von den betroffenen Völkern gerichtet zu werden. **Das** ist der Inhalt des Artikels 16, Absatz 2, und **das** muß all jenen bewußt gemacht werden, die diesen Artikel insgesamt als "demokratisch-freiheitlich" verteidigen.

Heute, wo die ökonomische Krise auch an Westdeutschland nicht spurlos vorübergeht, wo die konkreten Möglichkeiten ungeheuer gewachsen sind, daß politisch Verfolgte aus anderen, weit entfernten Ländern und Erdteilen das Asylrecht in Westdeutschland in Anspruch nehmen, heute ist der west/deutsche Imperialismus interessiert, jenen Teil des Artikels 16 außer Kraft zu setzen, der **gewisse Möglichkeiten des Schutzes** für politisch verfolgte Antimperialistinnen und Antimperialisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kommunistinnen und Kommunisten bietet.

In vollem Bewußtsein, daß das "Grundgesetz" als Ganzes eine Waffe des west/deutschen Imperialismus zum Betrug der Volksmassen ist, daß das Eigentum an privaten Produktionsmitteln dort verankert ist u.a.m., in vollem Bewußtsein, daß auch der Artikel 16 der Verfassung zwiespältig, ja falsch ist, müssen dennoch **alle** Versuche des westdeutschen Imperialismus bekämpft werden, **das Asylrecht zu beseitigen**. Dabei geht es vorrangig ganz sicher nicht um juristische Fragen und einzelne Formulierungen, sondern um den **entsprechend geführten Kampf!**

III. Kampf gegen Chauvinismus und Rassismus - es lebe der proletarische Internationalismus!

Fragen im Kampf gegen reaktionäre Massenmobilisierung

Nehmen wir nur das Beispiel Lebach/Saarland, wo es den Politikern des west/deutschen Imperialismus im vergangenen Jahr gelang, eine relativ breite Massenbewegung der deutschen Einwohner gegen die am Ort untergebrachten Roma zu initiieren. Hier wurde deutlich, wie so etwas funktioniert:

Wenn in einem Ort, in einer Kleinstadt, vielleicht in ländlichem Gebiet, die Ankündigung des

Bürgermeisters oder gar die "Flüsterpropaganda" die Menschen erreicht, daß sogenannte "Asylanten" "über 500 an der Zahl" usw. auch auf diese Gemeinde "aufgeteilt" werden, dann werden eine Reihe von Mechanismen in Gang gesetzt.

Auf perfide Weise wird einerseits die "Empörung" geschürt und gleichzeitig eine Politik der achselzuckenden Bemerkung praktiziert, daß dies von "oben beschlossen" worden sei, nichts zu machen sei, usw. Damit wird eine ganz bestimmte Stimmung in der Bevölkerung erzeugt oder gefördert.

Zusätzliche Maßnahmen und Ankündigungen (“Fußballtraining fällt jetzt aus, die Turnhalle ist belegt”, “Frauen bringen die nicht mit, das sind alles ledige junge Männer, die Frauen holen die sich bei uns”) heizen die Stimmung weiter an, und rasch ist eine Atmosphäre geschaffen, in der “seriöse Bürger” je nach Mentalität eine “Bürgerwehr” oder eine “Bürgerinitiative” gründen, und in der alkoholisierte, aufgehetzte Kräfte nachts Steine und Brandsätze werfen.

Wenn dann nach einigen “Aktionen”, nachdem es Verletzte oder gar Tote gegeben hat, die Asylsuchenden fluchtartig diese “gastfreundliche” Szene verlassen, dann triumphiert der “Volkszorn”: Ein Exempel ist statuiert, ein “Sieg” ist errungen, die wirklich demokratischen Kräfte haben sich gar nicht zu Wort gemeldet oder wurden rasch zur Seite gedrängt.

Die Folgen solcher “Siege”:

Die Ideen des proletarischen Internationalismus sind in noch weitere Ferne gerückt, die reaktionären Ideen sind durch reaktionäre Handlungen gefestigt worden. Die west/deutsche Bourgeoisie hat erneut eine Schlacht gewonnen, kann weiter - sich auf diesen “Volkszorn” berufend - restriktive Gesetze und Maßnahmen unter dem Vorwand des “Schutzes der Bevölkerung” durchpeitschen.

Besonders widerlich ist die Entwicklung solcher “Bürgerinitiativen” vor allem dort, wo es um Roma aus Osteuropa geht. Offene rassistische Hetze, direktes Anknüpfen an die Nazi-Propaganda gegen “die Zigeuner”, die zur Vernichtung von 500.000 Sinti und Roma führte, manifestieren sich auf den Straßen; die wenigen Gegenaktionen zur *Solidarität* haben nicht genügend Saft und Kraft. Dennoch können sie nicht hoch genug geschätzt, müssen unterstützt und gefördert werden.

Dort, wo sich reaktionäre “Bürgerinitiativen” gegen Asylbewerber bilden, können als praktische Handlungshinweise festgehalten werden:

★ Selbst dort, wo dem Protest der “einheimischen Bewohner” ein scheinbar berechtigtes Anliegen zugrunde liegt (Beispiel: keine Trainingsmöglichkeiten in der Turnhalle), ist eins ganz gewiß absolut unzulässig: Einfach *mit der Strö-*

mung mitzuschwimmen, so zu tun, als ob der “Protest” gegen solche Maßnahmen doch “an und für sich” berechtigt wäre, den konkreten Zusammenhang mit der reaktionären Stimmungsmache also zu ignorieren.

★ Es wäre andererseits auch falsch, ungeschickt und der Sache gegenüber ganz und gar schädlich, vor jeglicher Sorge, vor jeglichen Ängsten von vorneherein die Augen zu verschließen. Natürlich muß der Versuch gemacht werden, die reaktionären Scharfmacher von ihren Mitläufern zu trennen, wenn es reale Möglichkeiten dazu gibt.

Gegen alle falschen Ansichten, möglichst Punkt für Punkt, so konkret wie möglich und so grundsätzlich wie es geht, muß durch eigene Aktionen, durch Flugblattverteilen, durch Plakate usw. der springende Punkt herausgestellt werden:

Nur gemeinsam mit den Asylsuchenden können konkrete Probleme vor Ort angepackt werden, nur im Zeichen der *Solidarität*, wenn wirkliche Kontakte zwischen den Asylsuchenden und etwa den Jugendlichen im Dorf, in der Kleinstadt, im Stadtteil hergestellt sind, wenn die Lebensgeschichte einzelner Flüchtlinge bekannt ist, kann *gemeinsam* gegen unhaltbare Zustände protestiert werden, die in erster Linie die Flüchtlinge treffen und - wenn überhaupt - in zweiter Linie erst die sogenannten “Einheimischen”.

So und nur so, nur gemeinsam mit den Asylsuchenden können die reaktionären Provokationen der Regierungsstellen und Ämter durchkreuzt, kann den reaktionären Scharfmachern das Wasser abgegraben und gleichzeitig die Situation zur politischen Aufklärung, Diskussion über die Wurzeln des Elends dieser Welt, die Wurzeln von Rassismus und Nationalismus genutzt werden.

Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann nicht frei sein!

Der ideologische und politische *Kampf gegen die Fluten und Ströme des deutschen Chauvinismus* ist nicht nur im Interesse der Freiheitskämpferinnen und -kämpfer, der politisch Verfolgten, der Arbeitssuchenden aus aller Welt nötig, sondern *gerade auch im Interesse der Aufklärung und*

Erziehung der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, der Werktätigen überhaupt.

Denn die immer massiver werdenden Bemühungen, sie rassistisch zu verblenden, ihnen ein Überlegenheitsgefühl gegenüber Menschen aus anderen Kontinenten, aus der Türkei, Sri Lanka, Osteuropa usw. einzuimpfen, die Versuche, sie gegen politische Flüchtlinge aus anderen Ländern aufzuhetzen, um sie ***von ihrer eigenen Ausbeutung und Unterdrückung abzulenken, ihnen hierfür einen Sündenbock zu präsentieren und sie ideologisch auf kommende Kriege gegen andere Völker einzustimmen***, machen ja in Wirklichkeit jeglichen Fortschritt im Klassenkampf hier in Westdeutschland ***unmöglich***. Der bewaffnete Kampf des Proletariats zum Sturz des westdeutschen Imperialismus in der sozialistischen Revolution, zur Zerschlagung seines Staatsapparates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Teilnahme an der proletarischen Weltrevolution sind ***völlig ausgeschlossen***, wenn ein solcher Chauvinismus vorherrscht.

Und es ist die harte Wahrheit, daß ein Großteil der Bevölkerung unter dem Eindruck der faschistischen und rassistischen Hetze in den Chor von der angeblichen "Überfremdung", der angeblichen "Asylantenflut" und ähnliches einstimmt. Um so dringlicher ist es heute, einer wirklichen, aber einer ganz anderen Flut entgegenzutreten, der ***Flut des deutschen Chauvinismus***. Um so wertvoller sind in diesem Zusammenhang jene positiven Beispiele, wo ehrlich empörte Teile der Bevölkerung an der Seite der Asylsuchenden ***gegen diese chauvinistische Strömung ankämpfen***.

Das ist die einzige Möglichkeit, um voranzukommen auf dem Weg zur Vernichtung des Weltimperialismus gemeinsam mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, den Völkern der Welt. Auf diesem langen, gewundenen und schwierigen, aber einzig möglichen Weg zu diesem Ziel ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse im Sinne des proletarischen Internationalismus, sich im Kampf gegen den Weltimperialismus, für die proletarische Weltrevolution gegenseitig maximal zu unterstützen!

Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr'n!

Reden erst die Völker selber, werden sie bald einig sein!

Es lebe der Proletarische Internationalismus!

Tod dem west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!

Mit Stalinscher Härte die Nazis bekämpfen!

Folgendes Flugblatt, das zu einem konsequenten Kampf gegen die Nazi-Banden aufruft, wurde uns zugesandt. Der Bitte um Veröffentlichung kommen wir gerne nach!

Mit Stalinscher Härte die Nazis bekämpfen!

● Schluß machen mit dem Gerücht von der angeblichen "Tapferkeit" der Nazis.

Im 2. Weltkrieg war es damit nicht weit her. Ein Nazi zeigte "Tapferkeit" bei der bestialischen Ermordung von wehrlosen Kriegsgefangenen oder der unbewaffneten Zivilbevölkerung. Aber ganz schnell verließ ihn seine "Tapferkeit", wenn er es mit der organisierten Kraft der Roten Armee und den sowjetischen Partisanenverbänden zu tun bekam - dies war die Erfahrung des Kampfes der Roten Armee und den sowjetischen Partisaninnen und Partisanen schon 1942, wie Stalin klarmacht.

Und so ist es auch heute. Nazis beweisen ihren "Mut" beim verprügeln von unbewaffneten Flüchtlingen aus anderen Ländern, geben aber meistens Fersengeld oder sind weit weniger angriffslustig, wenn sie auf gleichviele, gut organisierte, kämpferproben Antifaschisten treffen.

Wenn wir uns also die nötigen Mittel zulegen, uns wirklich organisieren, so brauchen wir keine Angst vor den Nazis zu haben. Dann sind wir stärker und können sie auch entscheidend schlagen, so daß ihnen zumindest für eine Weile die Lust nach einer Konfrontation mit uns vergehen wird. Das beweisen Dutzende von Erfahrungen.

● Schluß machen mit Sorglosigkeit und Gutmütigkeit gegenüber den Faschisten!

Wir dürfen die Nazis nicht unterschätzen. Sie sind gezüchtet, werden hochgepäpelt und geschützt vom westdeutschen reaktionären Staat, seinen Bullen, seinen "Bundesgrenzschützern", seiner Justiz. Deshalb verfügen sie über große materielle Mittel und können sich nahezu ungestört ausbreiten. Ihre Schlagkraft beweisen die Nazimorde der letzten Jahre, die fast täglichen brutalen Angriffe von Nazis gegen Menschen, die für sie "undeutsch" sind.

Wie müssen wir also gegen die Nazis vorgehen? Schonungslos und mit wirklichem Haß die Nazis bekämpfen - das war ein Merkmal des Kampfes aller Anti-Nazi-Kräfte, die mit Stalin, der sozialistischen Sowjetunion zusammen gegen die Naziverbrecher kämpften. In diesem Sinn erzog Stalin die Kämpferinnen und Kämpfer der Roten Armee und der sowjetischen Partisaninnen und Partisanen, in diesem Sinn erzogen die KP's zur Zeit Stalins ihre Genossinnen und Genossen.

Wenn wir am Drücker sind, die Nazis in der Defensive...dann kein Mitleid für dieses Pack!

● Die Nazis in ihren Rattenlöchern angreifen!

Verhinderung von Naziaufmärschen, Büchertische der Nazis abräumen, Flüchtlinge aus anderen Ländern vor Naziangriffen schützen usw. - das alles war und ist ein wesentlicher Bestandteil unseres antifaschistischen Kampfes.

Wenn wir aber dabei stehenbleiben und die Nazis nicht bis in ihre Höhlen verfolgen und sie dort plattmachen, dann können sich die Faschisten immer wieder erholen und neue Kräfte sammeln.

Verfolgen wir die Nazis bis in ihre Lokale und zu ihren Treffpunkten und verpassen ihnen dort eine Lehre, die sie so schnell nicht vergessen werden!

Gruppe Mustafa Suphi/Karl Liebknecht

Eine berechtigte Kritik am Flugblatt von "Gegen die Strömung" vom Mai 1991

In dem Flugblatt wird die "pseudolinke Variante des Chauvinismus" gegenüber den aus den Ländern Osteuropas kommenden arbeitssuchenden Massen richtig bekämpft.

Folgende Passage halte ich jedoch für problematisch:

"...alle wirklich klassenbewußten Arbeiter in Westdeutschland, die hier schon lange - egal welche Nationalität sie haben, aus welchen Ländern sie kamen - arbeiten, werden sich der Aufgabe stellen, die Kolleginnen und Kollegen aus den zurückgebliebenen Ländern - vor allem Osteuropas - aufzuklären und im gemeinsamen Kampf zu organisieren.

Es ist eben eine ganz andere Herausforderung, wenn breite, überwiegend reaktionär eingestellte Massen auf der Suche nach Arbeit nach Westdeutschland kommen, aus Ländern, in denen angesichts der revisionistischen Verhältnisse so gut wie gar kein gewerkschaftlich organisierter Kampf, von wirklichen Klassenkämpfen gegen die 'neue' Bourgeoisie ganz zu schweigen, stattgefunden hat."

Die beiden Absätze enthalten einen wesentlichen Mangel, eine Verkürzung, die nicht unkommentiert bleiben soll:

Da nicht konkret über den Stand der Klassenkämpfe in Westdeutschland gesprochen wird - ein folgenschwerer Mangel - wird nicht klar, daß die "wirklich klassenbewußten Kollegen" eine sehr kleine Minderheit darstellen.

Antwort der Redaktion

Die Kritik erscheint uns voll und ganz richtig.

Wir haben uns bemüht, die von Dir zitierte Passage (wie auch einige andere Stellen) bei der Überarbeitung zu korrigieren.

Deine Kritik zeigt, wie dringend notwendig und unverzichtbar es ist, daß unsere Flugblätter **sehr kritisch** gelesen und diskutiert werden und uns die

Wenn dies aber nicht klar und bewußt ist, kann - trotz bester Absichten - es so herauskommen, als sei die Mehrheit etwa der rumänischen oder polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter rückständiger als die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem deutschen Paß.

Dies ist eben nicht wahr. Gewiß gibt es durch die jeweiligen anderen Erfahrungsbereiche andere Formen, wie sich reaktionäre Ideen in den Köpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus diesen oder jenen Ländern zeigen. Doch die Vorstellung, daß im großen und ganzen die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter "fortschrittlicher" seien als etwa die aus Polen oder Ungarn, oder daß die Arbeiterbewegung in Westdeutschland qualitativ fortgeschrittener sei als etwa in osteuropäischen Ländern, stimmt ganz gewiß nicht.

Um es klarzustellen: Das wird auch in Eurem Flugblatt nicht behauptet, aber die beiden von mir zitierten Passagen klären diese Frage wirklich nicht, bzw. weisen gar in eine falsche Richtung.

Ich hoffe, daß in dem angekündigten Artikel "Über den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus" dieser Fragenkomplex genauer behandelt und der Fehler beseitigt wird.

Xaver U.

Kritik (möglichst in Form von Leserbriefen) mitgeteilt wird, damit wir im nächsten Flugblatt oder in einer Nummer die Fehler diskutieren und beseitigen können.

In diesem Sinne vielen Dank für Deinen Leserbrief.

Redaktion "Gegen die Strömung", 21.9.1991

Die Flugblätter von "Gegen die Strömung" zu aktuellen Themen erscheinen monatlich:

- ☆ Januar 1991:
Statt "nationaler Opfer" und Beteiligung an der imperialistischen Kriegstreiberei - Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus!
- ☆ Februar 1991:
Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!
- ☆ März 1991:
Unterstützen wir die berechtigten Kämpfe der Werktätigen in der ehemaligen DDR gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage!
- ☆ April 1991:
Die Arbeiterklasse aller Länder muß den Kampf der kurdischen Werktätigen im Irak unterstützen!
- ☆ Mai 1991:
Das imperialistische Weltsystem ist die Ursache der "modernen Völkerwanderung"!
- ☆ Juni 1991:
Vor 50 Jahren überfiel der deutsche Imperialismus die damals sozialistische Sowjetunion: Keine Illusionen über den west/deutschen Imperialismus!
- ☆ Juli 1991:
Der Henker der Völker Indonesiens zu Gast bei seinen west/deutschen imperialistischen Herren: Suharto - Mörder!
- ☆ August 1991:
Das Spektakel der erneuten Beisetzung des preußischen Königs in Potsdam ist Teil der ideologischen Kriegsvorbereitung des west/deutschen Imperialismus! Kriegsverbrecher Friedrich II. als Vorbild?
- ☆ September 1991:
Weder Gorbatschow, Jelzin, noch die "Breschnewisten" werden die Sowjetunion aus Fäulnis und Krise herausführen!
- ☆ Oktober 1991:
Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der "Abschreckung" verkünden: Pogrome!

Gegen Portoerstattung kostenlos erhältlich bei:

BUCHLADEN GEORGI DIMITROFF
Koblenzer Str. 4, 6000 Frankfurt/Main 1

Öffnungszeiten:

**Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr, Samstag 9 - 14 Uhr, Montag/
Dienstag geschlossen**